

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeilzeile ober deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nekamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inzerat am Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstejn & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 11. März. Wir schreiben heute den
11. März. Die Ministerien für die Parlamente
sind also nicht mehr fern und damit auch das
Ende des größeren Teils der gewöhnlichen Ta-
gungen. Während nun diesmal für das preussische
Abgeordnetenhaus nicht soviel Beratungsstoff vor-
liegt, daß befürchtet zu werden braucht, es würde
dieselbe bei der sonst beliebigen Dauer der Session
nicht zur Erledigung kommen können, wird man,
wenn die Arbeiten seinen schnelleren Gang nehmen,
beim Reichstage allerdings zu einer solchen Ver-
schiebung gelangen müssen. Von den Reichs-
tagen schon vor längerer Zeit seitens der verbündeten
Regierungen zugegangenen Vorlagen sind, ab-
gesehen vom Reichshaushaltsetat für 1895-96,
der ja bis zum 1. April fertiggestellt sein muß,
nur zwei kleinere Entwürfe, die Zolltarifnovelle
und der Entwurf über die im Juni d. J. vor-
zunehmende Berufs- und Gewerbeprüfung, in den
Kommissionen soweit fertiggestellt, daß Berichte
darauf vorliegen. Die Mehrzahl der Bundes-
rats-Vorlagen und gerade die wichtigeren und
umfangreicheren stehen noch in den Kommissionen
und zwar zum größten Teile in einem Stadium,
welches eine baldige Erledigung kaum erwarten
läßt. Das ist der Fall mit der Novelle zum Ge-
richtsverfahrensgegesetz und zur Strafprozessordnung,
mit der sogenannten Umstrukturierung, mit den
auf die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse der
Binnenschiffahrt und Flößerei bezüglichen Ent-
würfen, mit der Novelle zur Gewerbeordnung,
mit dem Tabaksteuergesetz, mit dem Entwurf über
die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des
Reichs u. s. w. Dazu kommt, daß einzelne Vor-
lagen von Wichtigkeit, wie der Entwurf, der sich
auf die kommunale Weinbesteuerung bezieht, über-
haupt noch nicht zur Beratung im Plenum ge-
langt sind und daß daran gedacht wird, einzelne
Gesetzesentwürfe, auf deren baldige Erledigung in
weiten Bevölkerungskreisen der Wert gelegt wird,
noch in der laufenden Tagung an den Reichstag
zu bringen. Das letztere ist mit der Reform-
reformvorlage und dem Entwurf zur Befämpfung
des unlauteren Wettbewerbes der Fall. Es ist ja
allerdings unter den jetzigen Verhältnissen un-
sicher, ob es opportun sein wird, diese Entwürfe
dem Reichstage noch in der laufenden Tagung zu
unterbreiten, immervhin wird daran gedacht.
Gegenüber einer solchen Fülle gesetzgeberischen
Materials aber, das von den verbündeten Regierungen
ausgegangen ist und eventuell auszuweichen wird,
wage noch die aus dem Reichstage selbst hervor-
gegangenen Entwürfe und Anträge kommen, wird
man den Gedanken nicht abweisen können, daß
die Arbeiten des Reichstages einen Gang haben,
der eine Erledigung sämtlicher Entwürfe kaum in
Ausicht stellt. Es wäre deshalb bei, wenn im
Reichstage auch diese Frage in Betracht gezogen
würde.

ordnen-Versammlung sich diesem Vorgehen an-
zuschließen geneigt sein werde, hat er dieselbe in
einer Depuration, zu welcher er drei Deputierte absehen
wolle, diese Angelegenheit mit ihm zu beraten.
— Ein Woffisches Telegramm aus New York
meldete am Freitag Abend, daß den diplomatischen
Vertretern Frankreichs und Belgiens in Caracas
wegen der Unterzeichnung eines im italienischen
Grünbuche im Januar d. J. veröffentlichten
Schriftstückes von der venezolanischen Regierung
die Pässe zugesellt worden seien. Mit dieser An-
gelegenheit hat es, wie in der „Nordd. Allg.
Zt.“ mitgeteilt wird, folgende Bewandnis:
„Die diplomatischen Vertreter Frankreichs,
Belgiens, Spaniens und Deutschlands hatten aus
eigener Initiative im April 1893 ein Schriftstück
aufgesetzt und unterzeichnet, in dem unter kritischer
Darlegung der damaligen Verhältnisse in Venezuela
die Ansicht vertreten war, daß sich eine gemein-
same Behandlung der aus dem Bürgerkrieg von
1892 herrührenden Reklamationen fremder Staats-
angehöriger empfehle. Ein jeder der Unterzeichner
sollte das Schriftstück seiner Regierung einreichen
und den darin enthaltenen Vorschlag bei ihr befür-
worten. Das Schriftstück, das auch dem
italienischen Vertreter in Caracas mitgeteilt
worden war, ist dann in dem erwähnten italienischen
Grünbuche veröffentlicht worden. Die deshalb in
Caracas entstandene Mißstimmung hat anscheinend
die venezolanische Regierung zu jener Maßregel
gegenüber dem französischen und dem belgischen
Vertreter bestimmt. Wenn anderweitig gemeldet
worden ist, daß der deutsche und der spanische
Vertreter sich vor dem Erlass des Ausweisungsbefehls
des Präsidenten der Republik eingeschiffet
hätten, so können wir diese Angabe schon darum
als falsch bezeichnen, weil sich der kaiserliche Ge-
schäftsträger Frhr. v. Bodman nach wie vor in
Caracas befindet und dort bis zur Ankunft des
neuerannten Vizekonsuls Grafen Herz ver-
bleiben wird. Die Abreise des früheren Vizekonsuls
residenten Grafen Kleist, die mit der vorliegenden
Angelegenheit in gar keinem Zusammenhange
steht, war bereits Mitte vorigen Jahres erfolgt.“
— Unter der Ueberschrift „Nicht der Kriegs-
minister, sondern Bebel hatte Recht!“ brachte der
„Vorw.“ vom 8. l. M. folgende Ausführungen:
„Der Kriegsminister habe im Reichstage
gegenüber bezüglichen Behauptungen des Abg.
Bebel bestritten, daß Privatunternehmer, wenn sie
Verträge mit der Heeresverwaltung abschließen,
sich verpflichten müßten, keine Sozialdemokraten
zu beschäftigen, und daß die Arbeiter ihrerseits
einen Kevers zu unterschreiben hätten, daß sie
keinen sozialdemokratischen Bestrebungen huldigen
wollten und sich sofortige Entlassung gefallen
lassen müßten, falls solche bekannt würden. Nun
ist aber der „Vorw.“ in der Lage, ein Vertrags-
formular mitzutheilen, welches solche Bedingungen
und insbesondere auch den Wortlaut eines solchen
Kevers als Anlage enthalte. Somit habe also
der Kriegsminister nicht die Wahrheit gesagt.“
Dem gegenüber stellt der „Reichsanzeiger“
folgendes fest:
„Das Vertragsformular, welches der „Vorw.“
ausgibt, nebst dem als Anlage gegebenen Ke-
vers abdruckt, entspricht einer Verfügung des
Militär-Defensionsdepartements vom 12. Januar
1879. Diese Verfügung aber ist aufgehoben wor-
den durch den Erlass des jetzigen Kriegsministers
an sämtliche Intendanturen vom 2. Februar 1895
(Nr. 399/94 geh. B. Z.), dem auch der „Vorw.“
vor einiger Zeit selbst nachgedruckt hat. Der
Kriegsminister war also mit seiner Behauptung
völlig im Recht.“

Zur Währungsfrage geht der „Köln. Zt.“
von geschätzter Seite folgende Zuschrift zu:
„Es läßt sich verstehen, daß Deutschland, um an-
ders in der Silberfrage in erster Linie beteiligten Staa-
ten Maßregeln zu Gunsten der Besserung und Be-
festigung des Silberwertes zu erleichtern, auch
seinerseits sich zu Schritten bereit finden läßt,
welche die deutsche Goldwährung nicht gefährden.
Der Vorschlag, nämlich für eigene Rechnung und
auf eigene Gefahr eine bestimmte Silbermenge,
wenn auch in beschränktem Umfange, anzuprägen,
könnte jedoch eine für Deutschland bedenkliche
und gefährliche Maßregel werden. Der Hauptgrund,
weshalb gegen den völlig freien Anspruch von
Gold und Silber anstrebenden Bimetallismus er-
hoben wird, geht mit Recht dahin, daß die jetzigen
Goldwährungsänderer für den Fall einer Auflösung
des Vertrages mit dem Gefahr rechnen müssen, daß
ihr Gold an das Ausland abgegeben ist und ihnen
das durch die Vertragsauflösung wieder preis-
gegebene Silber verbleiben würde. Genau
dieselbe Gefahr würde auch dann bestehen,
wenn Deutschland dem vorerwähnten Gesichts-
punkte entsprechend sich zur Prägung von Silber-
münzen für eigene Rechnung und Gefahr, wenn-
gleich nur in beschränktem Umfange herbeiläße.
Auch in diesem Falle würde Deutschland, wenn
das Vertragsverhältnis wieder auseinandergelie-
ge, womit wegen der Möglichkeit von Kriegen un-
bedingt gerechnet werden muß, mit einer entwerteten
Silbermenge belastet sein, deren Umlauf in Gold
wieder nur mit großen Kosten und Schwierig-
keiten erfolgen könnte. Anders würde die Sache
liegen, wenn die europäischen Goldwährungsänderer
(England, Deutschland und Frankreich) die Ver-
bindlichkeit übernehmen würden, bis zu einem be-
stimmten Höchstbetrage Zertifikate, welche von den
Vereinigten Staaten von Amerika, Indien u. s. w.
für deren Rechnung auf Silber ausgefertigt und
durch Silberdepote fest gedeckt sind, nach einem zu
vereinbarenden Vertragsverhältnis als Zahlungsmittel
im Verkehr und bei ihren Banken und
öffentlichen Kassen zuzulassen. Diese Zertifikate
würden nur für Rechnung und Gefahr der Länder,
welche sie ausgefertigt haben, im Umlauf sein, von
denselben jederzeit in Zahlung zurückgenommen
und auf Verlangen gegen Gold oder Silber zum
Tagesfuss eingelöst werden müssen. In dieser
Richtung bewegt sich der in der bekannten Schrift
des Herrn v. Schröter über die Währungsfrage
gemachte Vorschlag. Bei einem solchen Zustande-
nis würden die Goldwährungsänderer keine Gefahr
laufen, ihr Gold abzugeben zu sehen und schließlich
mit entwertetem Silber sitzen zu bleiben, — vor-
ausgesetzt, daß die für Rechnung und Gefahr der
fremden Staaten ausgefertigten Zertifikate nur inner-
halb eines für den internationalen Verkehr ge-
nügigen Höchstbetrages zugelassen werden. Für
den internationalen Verkehr würden sich die Vor-
theile eines solchen Abkommens nach zwei Rich-
tungen geltend machen. Zunächst würden die
Vereinigten Staaten von Amerika, deren Silber-
produktionsinteressen sehr bedeutend sind und im
Vorzugsgrade der Währungsfrage stehen, in der
Lage sein, ihre nationale Valuta auf der neuen
Grundlage durch Freigabe der Silberprägung für
Privatrechnung oder weitgehende staatliche Silber-
prägungen endgültig zu ordnen. Die asiatischen
Länder, namentlich Indien, würden ihre Landes-
währung auf dem besitzigen Silberwert rekon-
struieren können, und auch den europäischen Ländern,
welche zur Zeit an der unterwertigen Valuta
franken, würde die Regelung von Metallzahlungen
erleichtert werden. Auf diesem Wege würde das
Verhältnis zwischen Silber und Gold all-
mählig dem vertragsmäßigen Satze nahe kommen,
und das Ziel, eine feste Relation zwischen den
beiden Metallen auf einer die jetzigen Besitzver-
hältnisse thunlichst schonenden Grundlage wieder-
herzustellen, erreicht werden. In zweiter Linie
würde den Ländern, die gegenwärtig auf dem
internationalen Warenmarkte nicht mit Gold-
wecheln zahlen können und in Folge dessen durch
Schleuderpreise die internationalen Warenpreise
drücken, ein anerkanntes Zahlungsmittel für den
internationalen Verkehr an die Hand gegeben
werden, mit welchem sie wiederum lauffähig für
die europäischen Industrieprodukte würden.“

Polizei bewirkten schließlich das Auseinandergehen
der Massen, was unter Abfindung von Arbeiter-
liebern und Hochrufen auf das Wahlrecht ohne
ernstere Zwischenfälle sich vollzog.
Pest, 10. März. Angesichts der fortgesetzten,
von der Opposition im Unterhaus arrangirten
fürmlichen Szenen erwägt die Regierung ernstlich
die baldige Parlamentsauflösung und die Aus-
schreibung von Neuwahlen. In Neutra haben
anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen
zwischen Anhängern der liberalen Partei und der
Volkspartei blutige Schlägereien stattgefunden.
Überhalb Kompagnien sind zur Aufrechterhaltung
der Ordnung eingetroffen.
Belgien.
Brüssel, 10. März. Auf Wunsch der Re-
gierung beschloß die Kammer, den Gesetzentwurf
betreffend die Einverleibung des Kongoflaates
unmittelbar nach Ostern auf die Tagesordnung
zu setzen.
Frankreich.
Die Madagaskar-Expedition verursacht, noch
ehe sie ernsthaft begonnen hat, der französischen
Heeresverwaltung unerwartete Schwierigkeiten.
So soll, wie der „Figaro“ hervorhebt, jetzt bereits
feststehen, daß, während für diese Expedition ein
Kredit in Höhe von 65 Millionen Franks be-
willigt worden ist, die Kosten aller Wahr-
scheinlich nach dem doppelten Betrag erreichen
werden. „Ist es wahr“, fragt das erwähnte Blatt,
„daß man, um nicht genötigt zu sein, vom dem
Parlamente vor dem Ende der Expedition neue
Kredite zu verlangen, sich im Kriegsministerium
bemüht, so viel wie möglich die Ausgaben zu
maximiren, indem man unmittelbare Vorschläge
vermeidet?“ Der „Figaro“ zählt dann eine
Reihe von Posten auf, bei denen in dieser Weise
der wahre Sachverhalt verschleiert werden soll.
Unter Anderem wurden notwendige Anleihen er-
st später zurückgezahlt worden, und die bezüglichen
Ausgaben in der Rechnungsbuchung für die
Madagaskar-Expedition nicht figuriren. In
militärischer Hinsicht sind ebenfalls bereits
arge Verluste beklagt worden, die noch in
die Zeit der Amtsführung des früheren Kriegs-
ministers, General Mercier, fallen. Während im
Lebrigen die Offiziere des Expeditionskorps aus-
gewählt werden, hat der Vorgänger des Generals
Gouraud bei der Bildung des Generalstabes des
Expeditionskorps von diesem Modus Abstand ge-
nommen und nicht weniger als vier seiner Ordru-
nanzoffiziere in diese höheren Stellen gelangen
lassen. Andererseits steht fest, daß, während bei
der Auslösung der übrigen Offiziere aus den
Wahlräumen die Namen sehr vieler hervorragen,
die aus persönlichen und anderen Rücksichten in
Frankreich zurückbleiben möchten, andererseits eine
große Anzahl junger, tüchtiger Offiziere bei ihrem
Korps verbleiben muß, die sehr gern an der Ex-
pedition theilgenommen hätten. Besteht aber jetzt
bereits aus diesen und ähnlichen Rücksichten große
Unzufriedenheit in der französischen Armee, so
lassen sich die wirklichen Schwierigkeiten der Ma-
dagaskar-Expedition doch noch gar nicht absehen.
Ein Telegramm meldet im Widerspruch mit
dem „Figaro“:
Paris, 9. März. In dem heute im Elisee
abgehaltenen Ministerrathe theilten der Kriegs-
minister und der Marineminister mit, daß die
Truppenerschiffungen nach Madagaskar vortref-
lich von Statten gehen und die Kosten des Bel-
zuges wahrscheinlich die benötigten Beträge nicht
übersteigen werden.
Der Präsident Fauré wird sich nach
dem Lager in Sathonay bei Lyon begeben, um
den für den Madagaskarzug gebildeten Regimentern
ihre Fahnen auszubändigen.
Paris, 10. März. Wie der „Temps“
meldet, hat der hiesige venezianische Geschäftsträger
Dr. Gil Fortoul von der französischen Regierung
seine Pässe zugesellt erhalten.
Demselben Tage zufolge wurde der Kreuzer
„Roland“ nach Guayra zur Disposition des Ge-
sandten de Ripert Monclar beordert.
Paris, 10. März. Nach einer dem „Temps“
aus Nanch zugegangenen Meldung wurde der
Baunternnehmer Gill, welcher für die Arbeiten
am Fort Pont-St-Vincent Italiener angeworben
hätte, von französischen Arbeitern mit Steinwürfen
angefallen. Der Wagen wurde zertrümmert. Gill
musste auf die Wacht schlüpfen. Genarmierte
stellte die Ordnung wieder her. Die Italiener
verließen sodann in Folge der Bedrohungen und
Beschimpfungen seitens der Bevölkerung sofort
Pont-St-Vincent.
Paris, 10. März. Präsident Faure wird
im Laufe des Sommers vier Departements be-
suchen, zunächst Gironde und dann Lyon, wo er der
Einweihung des Carnotdenkmals bewohnt.
Auf der hiesigen russischen Botschaft ist von
einer Verletzung des Botschafters Wohrenheim
nichts bekannt.
Die Regierung wird sich mit Belgien in An-
gelegenheit der Ausweisung des französischen und
des belgischen Vertreters in Caracas zu gemein-
samem Vorgehen verständigen. Der hiesige Ver-
treter Venezuelas wird seine Pässe erhalten.
Italien.
Rom, 10. März. Der „Tribuna“ zufolge
werden die Neuwahlen wahrscheinlich schon am 28.
April stattfinden.
Venedig, 9. März. Gelegentlich des Auf-
enthalts Kaiser Wilhelms in Abazia wird derselbe
den König Humbert in Monza besuchen, und auch
der Reichstanzler Fürst Hohenhausen, wird, wie es
heißt, eine Zusammenkunft mit Crispi haben.
Großbritannien und Irland.
London, 7. März. Armee und Marine
werden Großbritannien im kommenden Finanz-
jahre rund 754 Millionen Mark kosten, etwa 40
Prozent des ganzen Ausgabe-Etats. Für das
Heer (rund 130 000 Mann) werden 360 Millionen
verlangt, etwas weniger als im vorigen Jahre.
Irgend eine wesentliche Veränderung scheint nicht
geplant zu sein. Es geht eben im alten Schlen-
drian fort, und Niemand hat auch etwas Anderes
erwartet. Die militärischen Behörden und die
Regierung rühren sich in England eben nur, wenn
das Land von einer Panik über den Zustand seiner
Streitkräfte ergriffen wird und sich durch keinerlei
offizielle Schwärzereien täuschen lassen will. Allein
das Volk für Heer und Flotte zu derselben Zeit
zu interessieren, daß noch keine Apollon auf der
Marine die größeren Besorgnisse einflößt, kann der
Kriegsminister ruhig schlummern. Offenbar thut
er dies auch nach dem bewährten Muster so vieler
Amtsvorgänger.
Mit um so größerer Spannung sah man
den Flotten-Etat entgegen. Wird die Re-
gierung bei ihren guten Vorsätzen bleiben, die sie, von der
öffentlichen Meinung gedrängt, vor fünfzehn Mo-
naten fassen mußte, oder wird man wieder auf
die alte Gladstonische Ausrüstung in solchen
Rüstungsausgaben zurückfallen? Es war bekannt,
daß im Kabinete selbst der Rosebery-Spencer-Partei,
welche für fröhliche Entwicklung der britischen See-
macht eintritt, die Harcourt-Worley-Gruppe gegen-
über stand, welche dieses Geld lieber zu Steuerent-
lastungen, namentlich nur des „armen Vaines“ ver-
wenden wollte, und es war durchaus nicht gewiß,
welche Anbahnung schließlich im ministeriellen
Rathe die Oberhand behalten würde. Jetzt zeigt
sich, daß man ein Kompromiß geschlossen. Die
Sicherheit des Reiches soll weiter gefördert werden,
zwar lange nicht in dem Maße, wie es wirklich
notwendig wäre, aber doch mit einer für ein
radikales Ministerium anerkennenswerthen Energie;
der Schatzkammer andererseits wird nicht all sein
überflüssiges Geld für diese Zwecke herzugeben
brauchen und ein „volksfreundliches“ Budget auf-
stellen können — den Rest zahlen ein die Nach-
kommen. Im Allgemeinen betrachtet lassen sich
gegen dieses Arrangement nicht viele Bedenken
vorbringen, und wenn Lord Spencer gewiß viel
Nähe und Sorge gehabt hat, bis er im Kabinete
mit seinen Forderungen durchgebrungen, so kann
er dafür heute die Verwahrung genießen, daß die
Dyane aller Parteien über seine Vorschläge ihre
freundliche Ueberzeugung kundgeben.
Die Ausgaben für die Flotte werden auf
374 Millionen Mark veranschlagt, oder 26 resp.
39 Millionen mehr als in den letzten beiden Jah-
ren. Von dieser Summe fallen rund 125 Mil-
lionen auf Gehälter, Sold und Verpflegung der
Offiziere, Mannschaften und verschiedene Marine-
Bedürfnisse, 40 Millionen auf Pensionen, 34 auf
Waffen und Geschütze und 185 auf Schiffbau
und Hafenarbeiten. Dieser letztere Etatteil er-
regt natürlich das meiste Interesse. Es sollen im
nächsten Jahre in Bau gehen werden je vier
Panzerkreuzer erster und zweiter Klasse, zwei
dritter Klasse und weitere zwanzig Torpedoboot-
zerstörer. Die Kreuzer erster Klasse sollen 9000
Tonnen groß sein mit 20 000 indizierten Pferde-
kräften und geschützte Decks besitzen, diejenigen
zweiter Klasse sind 5750 Tonnen groß mit
10 000 Pferdekraften, und die dritte Klasse 2100
Tonnen mit 7000 Pferdekraften. Die Torpedoboot-
zerstörer endlich, von welchen die Admiralität sich
ganz besonders werthvolle Dienste verspricht,
sollen eine noch größere Geschwindigkeit erhalten
als bisher, wo sie es bekanntlich bis auf 28
Knoten gebracht haben. Seit 1889 hat die briti-
sche Flotte nunmehr außer kleineren Fahrzeugen
zusammen um 10 Barbeten-Panzerkreuzer, 9
Kreuzer erster, 29 zweiter, 4 dritter Klasse, 18
Torpedokanonenboote und 14 Torpedoboot-
zerstörer, während sich augenblicklich im Bau resp.
der Ausrüstung befinden weitere 10 Panzerschlagschiffe,
6 Kreuzer erster Klasse (darunter die
14 000 Tonnen großen „Powerful“ und „Ter-
rible“), 13 Kreuzer zweiter und zwei dritter Klasse
nebst 45 Torpedoboot-Zerstörern. Diese Bau-
thätigkeit, welche bereits jetzt über 600 Millionen
Mark gekostet, hat die englische Flotte ja wesent-
lich verjüngt und gekräftigt. Insofern auch jetzt
dürften wohl nur wenige ernstlich behaupten
können, daß diese Marine im Kriegsfalle allen
an sie gestellten Forderungen zum Schutze des
britischen Weltreichs und Handels gerecht werden
könnte.
Doch die Flotte krank noch an manchen
anderen oft ebenso gefährlichen Uebeln wie eine
unzureichende Zahl von Schiffen, und auch hier
sucht Lord Spencer eine Besserung anzubahnen.
Da ist in erster Reihe der in jedem anderen
Staate Europas wohl undenkbarer Umstand, daß
England im Falle einer allgemeinen Mobilisirung
nicht einmal alle seine Schiffe benutzen könnte,
einfach weil dazu die Mannschaften und Offiziere
zu Tausenden fehlen. Das Personal soll darum
schon im nächsten Jahre um 5450 Mann ver-
mehr werden, allein dies genügt auch nicht an-
zuerkennend, den wirklichen Mangel zu decken. Dem
altbekanntem Mangel an Geschützmunition scheint
man ebenfalls nicht genähert abhelfen zu
wollen, und ebenso faumfelig verfährt man
bei dem Ersatz der Vorderlade-Geschütze, welche
selbst noch einige Panzerschiffe erster Klasse
führen, durch solche moderner Konstruktion. Mit
Energie sollen jedoch jetzt die von den Marine-
Offizieren seit Jahren verlangten Hafenbauten in
Ausicht genommen werden. Da steht in erster
Stelle Gibraltar. Wie solz ist nicht der Wette
auf die „unannehmbare“ Feste, den Schlüssel zum
Mittelmeer und Egypten! Aber während Frank-
reich sich in Marseilla ein zweites Toulon schuf, hat
England in Malta und Gibraltar die Hände in
den Schoß gelegt. Wenn der letztere Platz über-
haupt des Besitzes werth sein soll, so kann er
dies doch nur in seiner Eigenschaft als ein Hafen
sein, in welchen die Flotte sich zurückziehen, mit
Sicherheit ihre Schiffe ausbessern oder mit
Schnelligkeit Kohlen einnehmen kann. Nichts von
allem könnte Gibraltar in seiner gegenwärtigen
Beschaffenheit der englischen Flotte bieten. Es
besitzt kein Dock, geräumig genug für die neuen
großen Schiffe, die Vorrichtungen zum Kohlen-
laden sind lächerlich ungenügend, und der ganze
Hafen einem Angriff durch Torpedoboote offen.
Ueber den Bau des Docks verläutet noch nichts,
doch will man endlich die bestehenden Docks um
1000 Meter verlängern und andere Bauten zur
Sicherung des Hafens beginnen. Auch Hongkong,
obwohl es den Mittelpunkt der strategischen
Stellung Englands in Ostasien bildet, besitzt kein
Dock, in dem die großen Schiffe Aunahme finden
können. Der Ernst der Lage im fernem Osten
hat die Admiralität endlich bewegen, ein solches
Dock herzustellen. In England selbst sollen die
Häfen von Portland und Portsmouth vergrößert
und schließlich, als ein Gegengewicht gegen die
zahlreichen kleineren Häfen, die Frankreich an seiner
Nordküste errichtet hat, ein großer künstlicher
Kriegshafen in Dover erbaut werden. Ueber die
Kosten dieser umfangreichen Werke hat sich die
Admiralität noch nicht geäußert, sie müssen jedoch
bei dem kostspieligen Charakter solcher Bauten
sehr beträchtlich sein und jedenfalls 200
Millionen Mark übersteigen. Diese Ausgaben
sollen indessen aus einer besonderen Anleihe gedeckt
werden. Als Harcourt noch in der Opposition
lag, wußte er diese Art der Zahlung nicht stark
genug zu verurtheilen und brüstete sich mit dem
Prinzip liberaler Finanzweisheit, laufende Aus-
gaben durch laufende Einnahmen zu bestreiten,
nicht als ob liberale Finanzminister etwa immer
diese Grundzüge innegehalten hätten, aber die
Liberalen thun sich nun einmal auf das Prinzip

Berlin, 11. März. Gestern Vormittag
wohnte das Kaiserpaar dem Gottesdienste in der
Doms-Kathedrale bei und besuchte nach Beendi-
gung desselben die Ausstellung in der Kunst-
Akademie zum Besten der Nothleidenden in Sizi-
lien und Kalabrien. Mittags empfing der Kaiser
den selbstverehelichten kommandirenden Admiral,
Admiral Knorr, den Staatssekretär des Reichs-
Marineamts, Vize-Admiral Holmann und den
Chef des Marine-Kabinetts, Komte-Admiral Frey-
herrn v. Senden-Bibran, zum Vortrage. Abends
dinirt beide Majestäten bei dem Prinzen und
der Prinzessin Wilhelmine von Anhalt an familie
und wohnen nach dem Diner einer musikalischen Soiree
dabei.
— Aus Abazia lauten die Meldungen über
den diesjährigen Aufenthalt unserer kaiserlichen
Familie daselbst grundverschieden. Während von
der einen Seite mit aller Entschiedenheit behauptet
wird, daß der Besuch angefaßt und für denselben
bereits alle Vorbereitungen getroffen seien, wird von
anderer Seite mit der gleichen Bestimmtheit ver-
sichert, daß in diesem Frühjahr die kaiserliche Fa-
milie nicht nach Abazia kommen werde.
— Sonnabend Mittag 1 Uhr ist nach sehr
schwerem Leben im Alter von 71½ Jahren die
Herzogin Pauline von Sagan gestorben. Sie
hatte sich zum ersten Mal am 20. Juni 1844
mit dem Grafen Maximilian von Dagsberg
Trauend vermählt, der als preussischer Wirk-
l. Geh. Rath am 19. Januar 1859 starb. Aus
dieser Ehe waren fünf Kinder entsprossen. Die
zweite Ehe ging sie mit dem Herzoge Ludwig von
Sagan ein, welcher seit dem 13. September 1858
Witwer war. Das einzige Kind dieser Ehe ist
die Fürstin Dorothee zu Fürstentum, deren Ver-
mählung am Geburtstage der Mutter, am 6. Juni
1881, zu Schloß Sagan stattfand. Am Montag,
den 11. März, wurde um 11 Uhr Vormittags in
der St. Hedwigskirche ein Todtenamt stattfinden.
Die Beisetzung erfolgt voraussichtlich am 13. d. M.
Vormittags in Sagan.
— In Dresden ist Oberbürgermeister Dr.
Ettel, der zu Anfang dieses Jahres aus Ge-
sundheitsrücksichten seine Pensionierung nachsuchte,
Sonnabend Nachmittag gestorben.

— In der Angelegenheit des Herrn v. Koge
melde verschiedene Blätter bereits, daß das am
Sonnabend Abend vom Kriegsgericht gefällte
Urtheil auf Freisprechung laute. Bei der abso-
luten Geheimhaltung, welche über die Verhandlungen
des Kriegsgerichts und das Ergebnis derselben
vorgeschrieben ist, kann diese Mitteilung über das
Urtheil, das zunächst noch der Bestätigung des
Kaisers bedarf, nur auf Vermuthung beruhen, die
nach Lage der Sache allerdings als eine zutreffende
erachtet werden darf.
— Gestern Mittag fand im Wintergarten
des Centralhotels eine von den Vorständen der
sämtlichen freireligiösen Wahlbezirke einberuene
Versammlung statt, um gegen die Umstrukturierung
Stellung zu nehmen. Es wurde folgende Resolution
einstimmig angenommen:
„Die von der freireligiösen Volkspartei zum
10. März d. J. einberuene öffentliche und allge-
meine Versammlung protestirt einstimmig gegen
die sogenannte Umstrukturierung. Sie richtet an
den deutschen Reichstag das Ersuchen, diese Vor-
lage nebst den dazu gestellten Anträgen als einen
kulturrechtlichen Angriff auf Gedanken- und Ge-
wissensfreiheit, als eine Anbelung der öffentlichen
Diskussion in Wort und Schrift und als eine
Verletzung der wissenschaftlichen Lehre und
Forschung abzulehnen.“
— Der hiesige Magistrat hat nunmehr, wie
seiner Zeit angeklagt, beschlossen, dem Fürsten
Bismarck zu seinem 80. Geburtstag durch eine
Adresse seine Glückwünsche zum Ausdruck zu
bringen. Indem er glaubt, daß die Stadtr-

— Zur Währungsfrage geht der „Köln. Zt.“
von geschätzter Seite folgende Zuschrift zu:
„Es läßt sich verstehen, daß Deutschland, um an-
ders in der Silberfrage in erster Linie beteiligten Staa-
ten Maßregeln zu Gunsten der Besserung und Be-
festigung des Silberwertes zu erleichtern, auch
seinerseits sich zu Schritten bereit finden läßt,
welche die deutsche Goldwährung nicht gefährden.
Der Vorschlag, nämlich für eigene Rechnung und
auf eigene Gefahr eine bestimmte Silbermenge,
wenn auch in beschränktem Umfange, anzuprägen,
könnte jedoch eine für Deutschland bedenkliche
und gefährliche Maßregel werden. Der Hauptgrund,
weshalb gegen den völlig freien Anspruch von
Gold und Silber anstrebenden Bimetallismus er-
hoben wird, geht mit Recht dahin, daß die jetzigen
Goldwährungsänderer für den Fall einer Auflösung
des Vertrages mit dem Gefahr rechnen müssen, daß
ihr Gold an das Ausland abgegeben ist und ihnen
das durch die Vertragsauflösung wieder preis-
gegebene Silber verbleiben würde. Genau
dieselbe Gefahr würde auch dann bestehen,
wenn Deutschland dem vorerwähnten Gesichts-
punkte entsprechend sich zur Prägung von Silber-
münzen für eigene Rechnung und Gefahr, wenn-
gleich nur in beschränktem Umfange herbeiläße.
Auch in diesem Falle würde Deutschland, wenn
das Vertragsverhältnis wieder auseinandergelie-
ge, womit wegen der Möglichkeit von Kriegen un-
bedingt gerechnet werden muß, mit einer entwerteten
Silbermenge belastet sein, deren Umlauf in Gold
wieder nur mit großen Kosten und Schwierig-
keiten erfolgen könnte. Anders würde die Sache
liegen, wenn die europäischen Goldwährungsänderer
(England, Deutschland und Frankreich) die Ver-
bindlichkeit übernehmen würden, bis zu einem be-
stimmten Höchstbetrage Zertifikate, welche von den
Vereinigten Staaten von Amerika, Indien u. s. w.
für deren Rechnung auf Silber ausgefertigt und
durch Silberdepote fest gedeckt sind, nach einem zu
vereinbarenden Vertragsverhältnis als Zahlungsmittel
im Verkehr und bei ihren Banken und
öffentlichen Kassen zuzulassen. Diese Zertifikate
würden nur für Rechnung und Gefahr der Länder,
welche sie ausgefertigt haben, im Umlauf sein, von
denselben jederzeit in Zahlung zurückgenommen
und auf Verlangen gegen Gold oder Silber zum
Tagesfuss eingelöst werden müssen. In dieser
Richtung bewegt sich der in der bekannten Schrift
des Herrn v. Schröter über die Währungsfrage
gemachte Vorschlag. Bei einem solchen Zustande-
nis würden die Goldwährungsänderer keine Gefahr
laufen, ihr Gold abzugeben zu sehen und schließlich
mit entwertetem Silber sitzen zu bleiben, — vor-
ausgesetzt, daß die für Rechnung und Gefahr der
fremden Staaten ausgefertigten Zertifikate nur inner-
halb eines für den internationalen Verkehr ge-
nügigen Höchstbetrages zugelassen werden. Für
den internationalen Verkehr würden sich die Vor-
theile eines solchen Abkommens nach zwei Rich-
tungen geltend machen. Zunächst würden die
Vereinigten Staaten von Amerika, deren Silber-
produktionsinteressen sehr bedeutend sind und im
Vorzugsgrade der Währungsfrage stehen, in der
Lage sein, ihre nationale Valuta auf der neuen
Grundlage durch Freigabe der Silberprägung für
Privatrechnung oder weitgehende staatliche Silber-
prägungen endgültig zu ordnen. Die asiatischen
Länder, namentlich Indien, würden ihre Landes-
währung auf dem besitzigen Silberwert rekon-
struieren können, und auch den europäischen Ländern,
welche zur Zeit an der unterwertigen Valuta
franken, würde die Regelung von Metallzahlungen
erleichtert werden. Auf diesem Wege würde das
Verhältnis zwischen Silber und Gold all-
mählig dem vertragsmäßigen Satze nahe kommen,
und das Ziel, eine feste Relation zwischen den
beiden Metallen auf einer die jetzigen Besitzver-
hältnisse thunlichst schonenden Grundlage wieder-
herzustellen, erreicht werden. In zweiter Linie
würde den Ländern, die gegenwärtig auf dem
internationalen Warenmarkte nicht mit Gold-
wecheln zahlen können und in Folge dessen durch
Schleuderpreise die internationalen Warenpreise
drücken, ein anerkanntes Zahlungsmittel für den
internationalen Verkehr an die Hand gegeben
werden, mit welchem sie wiederum lauffähig für
die europäischen Industrieprodukte würden.“

Polizei bewirkten schließlich das Auseinandergehen
der Massen, was unter Abfindung von Arbeiter-
liebern und Hochrufen auf das Wahlrecht ohne
ernstere Zwischenfälle sich vollzog.
Pest, 10. März. Angesichts der fortgesetzten,
von der Opposition im Unterhaus arrangirten
fürmlichen Szenen erwägt die Regierung ernstlich
die baldige Parlamentsauflösung und die Aus-
schreibung von Neuwahlen. In Neutra haben
anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen
zwischen Anhängern der liberalen Partei und der
Volkspartei blutige Schlägereien stattgefunden.
Überhalb Kompagnien sind zur Aufrechterhaltung
der Ordnung eingetroffen.
Belgien.
Brüssel, 10. März. Auf Wunsch der Re-
gierung beschloß die Kammer, den Gesetzentwurf
betreffend die Einverleibung des Kongoflaates
unmittelbar nach Ostern auf die Tagesordnung
zu setzen.
Frankreich.
Die Madagaskar-Expedition verursacht, noch
ehe sie ernsthaft begonnen hat, der französischen
Heeresverwaltung unerwartete Schwierigkeiten.
So soll, wie der „Figaro“ hervorhebt, jetzt bereits
feststehen, daß, während für diese Expedition ein
Kredit in Höhe von 65 Millionen Franks be-
willigt worden ist, die Kosten aller Wahr-
scheinlich nach dem doppelten Betrag erreichen
werden. „Ist es wahr“, fragt das erwähnte Blatt,
„daß man, um nicht genötigt zu sein, vom dem
Parlamente vor dem Ende der Expedition neue
Kredite zu verlangen, sich im Kriegsministerium
bemüht, so viel wie möglich die Ausgaben zu
maximiren, indem man unmittelbare Vorschläge
vermeidet?“ Der „Figaro“ zählt dann eine
Reihe von Posten auf, bei denen in dieser Weise
der wahre Sachverhalt verschleiert werden soll.
Unter Anderem wurden notwendige Anleihen er-
st später zurückgezahlt worden, und die bezüglichen
Ausgaben in der Rechnungsbuchung für die
Madagaskar-Expedition nicht figuriren. In
militärischer Hinsicht sind ebenfalls bereits
arge Verluste beklagt worden, die noch in
die Zeit der Amtsführung des früheren Kriegs-
ministers, General Mercier, fallen. Während im
Lebrigen die Offiziere des Expeditionskorps aus-
gewählt werden, hat der Vorgänger des Generals
Gouraud bei der Bildung des Generalstabes des
Expeditionskorps von diesem Modus Abstand ge-
nommen und nicht weniger als vier seiner Ordru-
nanzoffiziere in diese höheren Stellen gelangen
lassen. Andererseits steht fest, daß, während bei
der Auslösung der übrigen Offiziere aus den
Wahlräumen die Namen sehr vieler hervorragen,
die aus persönlichen und anderen Rücksichten in
Frankreich zurückbleiben möchten, andererseits eine
große Anzahl junger, tüchtiger Offiziere bei ihrem
Korps verbleiben muß, die sehr gern an der Ex-
pedition theilgenommen hätten. Besteht aber jetzt
bereits aus diesen und ähnlichen Rücksichten große
Unzufriedenheit in der französischen Armee, so
lassen sich die wirklichen Schwierigkeiten der Ma-
dagaskar-Expedition doch noch gar nicht absehen.
Ein Telegramm meldet im Widerspruch mit
dem „Figaro“:
Paris, 9. März. In dem heute im Elisee
abgehaltenen Ministerrathe theilten der Kriegs-
minister und der Marineminister mit, daß die
Truppenerschiffungen nach Madagaskar vortref-
lich von Statten gehen und die Kosten des Bel-
zuges wahrscheinlich die benötigten Beträge nicht
übersteigen werden.
Der Präsident Fauré wird sich nach
dem Lager in Sathonay bei Lyon begeben, um
den für den Madagaskarzug gebildeten Regimentern
ihre Fahnen auszubändigen.
Paris, 10. März. Wie der „Temps“
meldet, hat der hiesige venezianische Geschäftsträger
Dr. Gil Fortoul von der französischen Regierung
seine Pässe zugesellt erhalten.
Demselben Tage zufolge wurde der Kreuzer
„Roland“ nach Guayra zur Disposition des Ge-
sandten de Ripert Monclar beordert.
Paris, 10. März. Nach einer dem „Temps“
aus Nanch zugegangenen Meldung wurde der
Baunternnehmer Gill, welcher für die Arbeiten
am Fort Pont-St-Vincent Italiener angeworben
hätte, von französischen Arbeitern mit Steinwürfen
angefallen. Der Wagen wurde zertrümmert. Gill
musste auf die Wacht schlüpfen. Genarmierte
stellte die Ordnung wieder her. Die Italiener
verließen sodann in Folge der Bedrohungen und
Beschimpfungen seitens der Bevölkerung sofort
Pont-St-Vincent.
Paris, 10. März. Präsident Faure wird
im Laufe des Sommers vier Departements be-
suchen, zunächst Gironde und dann Lyon, wo er der
Einweihung des Carnotdenkmals bewohnt.
Auf der hiesigen russischen Botschaft ist von
einer Verletzung des Botschafters Wohrenheim
nichts bekannt.
Die Regierung wird sich mit Belgien in An-
gelegenheit der Ausweisung des französischen und
des belgischen Vertreters in Caracas zu gemein-
samem Vorgehen verständigen. Der hiesige Ver-
treter Venezuelas wird seine Pässe erhalten.
Italien.
Rom, 10. März. Der „Tribuna“ zufolge
werden die Neuwahlen wahrscheinlich schon am 28.
April stattfinden.
Venedig, 9. März. Gelegentlich des Auf-
enthalts Kaiser Wilhelms in Abazia wird derselbe
den König Humbert in Monza besuchen, und auch
der Reichstanzler Fürst Hohenhausen, wird, wie es
heißt, eine Zusammenkunft mit Crispi haben.
Großbritannien und Irland.
London, 7. März. Armee und Marine
werden Großbritannien im kommenden Finanz-
jahre rund 754 Millionen Mark kosten, etwa 40
Prozent des ganzen Ausgabe-Etats. Für das
Heer (rund 130 000 Mann) werden 360 Millionen
verlangt, etwas weniger als im vorigen Jahre.
Irgend eine wesentliche Veränderung scheint nicht
geplant zu sein. Es geht eben im alten Schlen-
drian fort, und Niemand hat auch etwas Anderes
erwartet. Die militärischen Behörden und die
Regierung rühren sich in England eben nur, wenn
das Land von einer Panik über den Zustand seiner
Streitkräfte ergriffen wird und sich durch keinerlei
offizielle Schwärzereien täuschen lassen will. Allein
das Volk für Heer und Flotte zu derselben Zeit
zu interessieren, daß noch keine Apollon auf der
Marine die größeren Besorgnisse einflößt, kann der
Kriegsminister ruhig schlummern. Offenbar thut
er dies auch nach dem bewährten Muster so vieler
Amtsvorgänger.
Mit um so größerer Spannung sah man
den Flotten-Etat entgegen. Wird die Re-
gierung bei ihren guten Vorsätzen bleiben, die sie, von der
öffentlichen Meinung gedrängt, vor fünfzehn Mo-
naten fassen mußte, oder wird man wieder auf
die alte Gladstonische Ausrüstung in solchen
Rüstungsausgaben zurückfallen? Es war bekannt,
daß im Kabinete selbst der Rosebery-Spencer-Partei,
welche für fröhliche Entwicklung der britischen See-
macht eintritt, die Harcourt-Worley-Gruppe gegen-
über stand, welche dieses Geld lieber zu Steuerent-
lastungen, namentlich nur des „armen Vaines“ ver-
wenden wollte, und es war durchaus nicht gewiß,
welche Anbahnung schließlich im ministeriellen
Rathe die Oberhand behalten würde. Jetzt zeigt
sich, daß man ein Kompromiß geschlossen. Die
Sicherheit des Reiches soll weiter gefördert werden,
zwar lange nicht in dem Maße, wie es wirklich
notwendig wäre, aber doch mit einer für ein
radikales Ministerium anerkennenswerthen Energie;
der Schatzkammer andererseits wird nicht all sein
überflüssiges Geld für diese Zwecke herzugeben
brauchen und ein „volksfreundliches“ Budget auf-
stellen können — den Rest zahlen ein die Nach-
kommen. Im Allgemeinen betrachtet lassen sich
gegen dieses Arrangement nicht viele Bedenken
vorbringen, und wenn Lord Spencer gewiß viel
Nähe und Sorge gehabt hat, bis er im Kabinete
mit seinen Forderungen durchgebrungen, so kann
er dafür heute die Verwahrung genießen, daß die
Dyane aller Parteien über seine Vorschläge ihre
freundliche Ueberzeugung kundgeben.
Die Ausgaben für die Flotte werden auf
374 Millionen Mark veranschlagt, oder 26 resp.
39 Millionen mehr als in den letzten beiden Jah-
ren. Von dieser Summe fallen rund 125 Mil-
lionen auf Gehälter, Sold und Verpflegung der
Offiziere, Mannschaften und verschiedene Marine-
Bedürfnisse, 40 Millionen auf Pensionen, 34 auf
Waffen und Geschütze und 185 auf Schiffbau
und Hafenarbeiten. Dieser letztere Etatteil er-
regt natürlich das meiste Interesse. Es sollen im
nächsten Jahre in Bau gehen werden je vier
Panzerkreuzer erster und zweiter Klasse, zwei
dritter Klasse und weitere zwanzig Torpedoboot-
zerstörer. Die Kreuzer erster Klasse sollen 9000
Tonnen groß sein mit 20 000 indizierten Pferde-
kräften und geschützte Decks besitzen, diejenigen
zweiter Klasse sind 5750 Tonnen groß mit
10 000 Pferdekraften, und die dritte Klasse 2100
Tonnen mit 7000 Pferdekraften. Die Torpedoboot-
zerstörer endlich, von welchen die Admiralität sich
ganz besonders werthvolle Dienste verspricht,
sollen eine noch größere Geschwindigkeit erhalten
als bisher, wo sie es bekanntlich bis auf 28
Knoten gebracht haben. Seit 1889 hat die briti-
sche Flotte nunmehr außer kleineren Fahrzeugen
zusammen um 10 Barbeten-Panzerkreuzer, 9
Kreuzer erster, 29 zweiter, 4 dritter Klasse, 18
Torpedokanonenboote und 14 Torpedoboot-
zerstörer, während sich augenblicklich im Bau resp.
der Ausrüstung befinden weitere 10 Panzerschlagschiffe,
6 Kreuzer erster Klasse (darunter die
14 000 Tonnen großen „Powerful“ und „Ter-
rible“), 13 Kreuzer zweiter und zwei dritter Klasse
nebst 45 Torpedoboot-Zerstörern. Diese Bau-
thätigkeit, welche bereits jetzt über 600 Millionen
Mark gekostet, hat die englische Flotte ja wesent-
lich verjüngt und gekräftigt. Insofern auch jetzt
dürften wohl nur wenige ernstlich behaupten
können, daß diese Marine im Kriegsfalle allen
an sie gestellten Forderungen zum Schutze des
britischen Weltreichs und Handels gerecht werden
könnte.
Doch die Flotte krank noch an manchen
anderen oft ebenso gefährlichen Uebeln wie eine
unzureichende Zahl von Schiffen, und auch hier
sucht Lord Spencer eine Besserung anzubahnen.
Da ist in erster Reihe der in jedem anderen
Staate Europas wohl undenkbarer Umstand, daß
England im Falle einer allgemeinen Mobilisirung
nicht einmal alle seine Schiffe benutzen könnte,
einfach weil dazu die Mannschaften und Offiziere
zu Tausenden fehlen. Das Personal soll darum
schon im nächsten Jahre um 5450 Mann ver-
mehr werden, allein dies genügt auch nicht an-
zuerkennend, den wirklichen Mangel zu decken. Dem
altbekanntem Mangel an Geschützmunition scheint
man ebenfalls nicht genähert abhelfen zu
wollen, und ebenso faumfelig verfährt man
bei dem Ersatz der Vorderlade-Geschütze, welche
selbst noch einige Panzerschiffe erster Klasse
führen, durch solche moderner Konstruktion. Mit
Energie sollen jedoch jetzt die von den Marine-
Offizieren seit Jahren verlangten Hafenbauten in
Ausicht genommen werden. Da steht in erster
Stelle Gibraltar. Wie solz ist nicht der Wette
auf die „unannehmbare“ Feste, den Schlüssel zum
Mittelmeer und Egypten! Aber während Frank-
reich sich in Marseilla ein zweites Toulon schuf, hat
England in Malta und Gibraltar die Hände in
den Schoß gelegt. Wenn der letztere Platz über-
haupt des Besitzes werth sein soll, so kann er
dies doch nur in seiner Eigenschaft als ein Hafen
sein, in welchen die Flotte sich zurückziehen, mit
Sicherheit ihre Schiffe ausbessern oder mit
Schnelligkeit Kohlen einnehmen kann. Nichts von
allem könnte Gibraltar in seiner gegenwärtigen
Beschaffenheit der englischen Flotte bieten. Es
besitzt kein Dock, geräumig genug für die neuen
großen Schiffe, die Vorrichtungen zum Kohlen-
laden sind lächerlich ungenügend, und der ganze
Hafen einem Angriff durch Torpedoboote offen.
Ueber den Bau des Docks verläutet noch nichts,
doch will man endlich die bestehenden Docks um
1000 Meter verlängern und andere Bauten zur
Sicherung des Hafens beginnen. Auch Hongkong,
obwohl es den Mittelpunkt der strategischen
Stellung Englands in Ostasien bildet, besitzt kein
Dock, in dem die großen Schiffe Aunahme finden
können. Der Ernst der Lage im fernem Osten
hat die Admiralität endlich bewegen, ein solches
Dock herzustellen. In England selbst sollen die
Häfen von Portland und Portsmouth vergrößert
und schließlich, als ein Gegengewicht gegen die
zahlreichen kleineren Häfen, die Frankreich

